furrerhugi.



BERICHT

HERBSTSESSION 2019

9. - 27. September 2019

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49 Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43 Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86 Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89 45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20



1 EINLEITUNG

Besonders im Fokus der Herbstsession 2019 standen die Themen Klima und Migration: Der Ständerat diskutierte unter anderem über das CO2-Gesetz und die SVP-Initiative für ein Verhüllungsverbot; im Nationalrat stand die SVP-Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung» auf dem Programm, die das Ende der Personenfreizügigkeit mit der EU verlangt. Weitere gewichtige Themen waren das Datenschutzgesetz (Nationalrat) sowie der Kauf neuer Kampfflugzeuge im Ständerat.

Auch im Bereich der frühen Kindheit standen wichtige Geschäfte an: der indirekte Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative der SGK-S wurde im Nationalrat problemlos angenommen und an den Bundesrat überwiesen. Die SVP stimmte geschlossen dagegen. So wie es aussieht, wird die Abstimmung über den Vaterschaftsurlaub im Januar 2020 stattfinden, die Initianten haben die ursprüngliche Initiative zurückgezogen. Somit kann der indirekte Vorschlag automatisch in Kraft treten – ausser es wird ein Referendum dagegen ergriffen.

Des Weiteren wurde zwei Vorstösse zur Förderung der frühen Kindheit klar angenommen: Nachdem der Ständerat als Zweitrat die Motion von Ready!-Träger Christoph Eymann (FDP/BS) zur Sprachförderung vor dem Kindergarten oppositionslos überwiesen hat, wurde auch das Postulat von Ready!-Botschafter Nik Gugger (EVP/ZH) angenommen, das eine Strategie für die frühe Kindheit fordert. Nun erhöht sich der Druck weiter, dass der Bund die Politik der frühen Kindheit weiterentwickelt.

Bei den neu eingereichten Vorstössen fallen vor allem die Aktivitäten von Public Health Schweiz im Zusammenhang mit dem Manifest für Kinder- und Jugendgesundheit auf: Nachdem das Manifest an der Jahreskonferenz von Swiss Public Health Ende August verabschiedet wurde, wurden in der Herbstsession gleich drei entsprechende Vorstösse eingereicht, die Massnahmen bzw. eine Strategie für die Stärkung der Kinder- und Jugendgesundheit fordern.

Ausserdem verlangt Ready!-Botschafterin Flavia Wasserfallen (SP/BE) bessere Daten zur Erreichbarkeit von belasteten Familien durch Betreuungsangeboten, während Ready!-Botschafter Adrian Wüthrich (SP/BE) eine Elternzeit fordert. Kathrin Bertschy (GLP/BE), auch sie Botschafterin für Ready!, möchte, dass bei den Subventionen der familienexternen Betreuung von der Objekt- zur Subjektfinanzierung gewechselt wird. Sie moniert, dass die CHF 100 Mio., die zurzeit für Subventionserhöhungen zur Verfügung stünden, einen zu hohen Verwaltungsaufwand generieren und deshalb von den Kantonen nicht ausgeschöpft würden. Sie merkt an, dass in den Städten Bern und Luzern bereits äusserst positive Erfahrungen mit Betreuungsgutscheinen gemacht wurden und fordert vom Bundesrat einen Bericht mit konkreten Lösungsvorschlägen.



2 WICHTIGE BEHANDELTE VORSTÖSSE

* Die Geschäfte in diesen Kategorien werden in der Übersicht gelöscht.

An den Bundesrat überwiesen

- 19.3262 Postulat Niklaus-Samuel Gugger EVP/ZH: Geht es den Kindern gut, geht es der Schweiz besser
- 18.3834 Motion Christoph Eymann FDP/BS: Frühe Sprachförderung vor dem Kindergarten-Eintritt als Voraussetzung für einen Sek II Abschluss und als Integrations-Massnahme

Gesetzesvorlage verabschiedet

- 18.441 Parlamentarische Initiative SGK-S: Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative
- 18.091 Geschäft des Bundesrates: Bundesgesetz über die Familienzulagen. Änderung
- 18.050 Geschäft BR: Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten

An Zweitrat

19.3070 Motion Irène Kälin GP/AG: Kostenbefreiung für Schwangere während der ganzen Schwangerschaft

Fristverlängerung

--

Erledigte, zurückgezogene oder abgeschriebene Geschäfte*

- 18.052 Geschäft BR: Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub zum Nutzen der ganzen Familie. Volksinitiative
- 19.3625 Interpellation Peter Schilliger FDP/LU: Verbreitung und Wirkung von Betreuungsgutscheinen
- 19.3811 Interpellation Daniel Frei SP/ZH: Stellenwert und Perspektiven der Elternbildung

3 Auszug Fragestunde

In dieser Session wurden keine für READY! relevanten Fragen gestellt.



4 BEACHTENSWERTE NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

19.4029 Interpellation Hans Stöckli SP/BE: Frühförderung der Kinder- und Jugendgesundheit

Der Bundesrat wird eingeladen, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Welchen Stellenwert hat für den Bundesrat die Frühförderung der Kinder- und Jugendgesundheit.
- 2. Welche konkreten Massnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit beabsichtigt der Bundesrat im Rahmen der NCD-Strategie zu unterstützen und umsetzen zu lassen.

Die ersten Lebensjahre sind für die gesamte weitere Entwicklung eines Menschen von zentraler Bedeutung. Es ist davon auszugehen, dass es 80 bis 90 Prozent der Kinder und Jugendlichen in der Schweiz gut geht. 10 bis 20 Prozent aber sind gefährdet, gesundheitliche und soziale Probleme zu entwickeln wie Sucht, Gewalt oder psychische Belastungen. Mit entsprechender Förderung und Prävention können Krankheiten und psychische Störungen vermindert, die Entwicklung gefördert und die durch die Krankheitslast direkt und indirekt verursachten Kosten reduziert werden.

Fachleute sind sich einig, dass Massnahmen zur Förderung in der frühen Kindheit verstärkt werden müssen. Dies wird auch im kürzlich verabschiedeten Manifest für Kinder- und Jugendgesundheit gefordert, das von vielen Organisationen unterstützt wird.

19.1051 Anfrage Yvonne Feri SP/AG: Daten über die psychische Gesundheit von Kindern

Eine gute psychische Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für die Entfaltung des Potentials eines Individuums. Viele psychische Auffälligkeiten und Störungen haben erwiesenermassen ihren Anfang im Kindes- und Jugendalter und werden erst spät erkannt. In der Schweiz gibt es keine systematische Erhebung von Daten zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Die Datenlage weist insbesondere Lücken im Alter von 0-11 Jahren auf. Damit der Bund tätig werden kann, braucht es eine ausreichende Datenlage.

Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

- Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass auch bei Kindern die psychische Gesundheit wichtig ist?
- 2. Was unternimmt der Bund, um konsolidierte Daten (wie beschrieben) zu erhalten?

<u>19.4069</u> Motion Benjamin Roduit CVP/VS: Cohorte de santé suisse pour le suivi de la santé des enfants et des adolescents

Le Conseil fédéral est chargé de suivre sur plusieurs décennies la santé physique et psychique des enfants et des adolescents. Pour cela il mettra en place une cohorte généraliste. Les résultats scientifiques qui en découleront devront non seulement permettre de faire état de la santé des enfants et des adolescents, mais également de conclure si leur cadre de vie est favorable à leur santé. Il sera aussi tenu compte du contexte familial, social et économique d'où sont issus les enfants et les adolescents ainsi que leur niveau de formation et leurs habitudes de vie.



19.4070 Motion Christian Lohr CVP/TG: Nationale Strategie für Kinder und Gesundheit

Der Bundesrat soll dem Parlament eine nationale Strategie für Kinder- und Jugendgesundheit vorlegen. Die Strategie soll Ziele und einen Aktionsplan sowie eine gezielte langfristige Finanzierung beinhalten. Nebst der Gesundheit betroffene Politikbereiche (Bildung, Soziales) sowie Rahmenbedingungen, Umfeld und Lebensphasen sind miteinzubeziehen. Die Strategie sollte anschlussfähig an die strategischen Überlegungen für die Agenda 2030 sein.

Viele gesundheitliche Risiken und psychische Störungen nehmen ihren Anfang im Kinder- und Jugendalter. Durch geeignete Massnahmen könnten viele gesundheitliche Probleme in ihrem Ausmass verringert, verzögert oder ganz vermieden werden, insbesondere auch durch Massnahmen, die auf vulnerable und sozial benachteiligte Kinder- und Jugendliche ausgerichtet sind. Dazu gehören beispielsweise Zugang zu Frühförderung, Sportmöglichkeiten oder niederschwelligen Beratungsangeboten.

Das kürzlich verabschiedete Manifest für Kinder- und Jugendgesundheit, das von vielen Organisationen unterstützt wird, fordert, dieses Potential besser zu nutzen. In keinem Lebensabschnitt sind Vorsorgemassnahmen so wirksam, nachhaltig und wirtschaftlich ertragreich wie in Kindheit und Jugend. Das Bundesamt für Gesundheit BAG und Gesundheitsförderung Schweiz setzen bereits viele Massnahmen um. Eine Strategie soll bestehende Massnahmen besser koordinieren, Datenlücken schliessen und das Feld der Kinder- und Jugendgesundheit systematischer abdecken.

In der Strategie sollten daher alle relevanten Politikbereiche berücksichtigt werden. Dabei sind die Zuständigkeitsbereiche der Kantone zu beachten. Die relevanten Themenfelder sowie geeignete Massnahmen sollen gemeinsam mit den zuständigen Akteuren aus dem Feld festgelegt werden. Zentral ist, dass die Strategie eine Wirkung erzielen kann.

19.4268 Interpellation Flavia Wasserfallen SP/BE: Erreichbarkeit von belasteten Familien durch Beratungsangebote

Erlebnisse und Erfahrungen in den ersten Lebensjahren eines Kindes wirken sich bis in sein Erwachsenenleben aus. Der frühkindlichen Förderung und der gezielten Unterstützung von Familien durch Beratungsangebote kommt daher grosse Bedeutung zu, um gesundheitlichen und sozialen Belastungen vorzubeugen. Es bestehen viele Angebote für Familien, jedoch ist es schwierig, diese so zu vernetzen, dass sie für alle Familien zugänglich sind. Ebenso fehlen Daten dazu, welche Familien wie gut erreicht werden, und die Verfügbarkeit von Angeboten variiert von Region zu Region.

Um diese Problematik anzugehen und die Grundlagen für eine nationale Strategie für die Frühe Kindheit zu schaffen, braucht es eine Übersicht über bestehende Beratungsangebote für Familien sowie verlässliche Daten dazu, wie die Angebote diese Familien tatsächlich erreichen.

Ich ersuche den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass Anstrengungen unternommen werden müssen, um insbesondere belastete Familien mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu erreichen?
- 2. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass zur Erstellung einer nationalen Strategie für die frühe Kindheit eine Bestandesaufnahme aller Beratungsangebote im Frühbereich und deren Wirksamkeit für die Erreichbarkeit von Familien erstellt werden muss?
- 3. Ist der Bundesrat bereit, Daten dazu zu erheben, wie und in welchem Umfang Familien mit Säuglingen und Kindern im Vorschulalter durch die Beratungsangebote erreicht werden?



19.4274 Interpellation Adrian Wüthrich SP/BE: Elternzeit jetzt - auch aus gesundheitlichen Aspekten

Die Schweiz investiert im internationalen Vergleich wenig in den Frühbereich. Das Parlament hat zwar in der Herbstsession einem zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub zugestimmt, doch nach wie vor existiert in der Schweiz keine Elternzeit. Damit ist die Schweiz das Schlusslicht unter den OECD-Ländern. Die ersten Lebensjahre sind aber entscheidend für die gesunde Entwicklung eines Menschen.

Vor diesem Hintergrund lade ich den Bundesrat ein, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Wie gedenkt der Bundesrat, die Empfehlungen seiner beratenden Kommission EKFF umzusetzen? Gibt es erste Überlegungen in der Verwaltung?
- 2. Informiert sich der Bundesrat regelmässig bei anderen Staaten, welche bereits eine Elternzeit eingeführt haben, über die Vorteile?
- 3. Anerkennt der Bundesrat die Vorteile einer Elternzeit für die Gesundheit der Familien?
- 4. Wie können beide Elternteile darin unterstützt werden, eine tragende Bindung zum Kind aufzubauen, ohne die beruflichen Karrieren zu beeinträchtigen?
- 5. Wie nimmt der Bundesrat Stellung zu den Analysen der OECD?
- 6. Wie eine neue UNICEF-Studie zeigt, rangiert die Schweiz bei der Familienfreundlichkeit entwickelter OECD und EU-Staaten auf dem letzten Platz. Wie kommentiert der Bundesrat diesen Fakt und was plant er für die Verbesserung der Familienfreundlichkeit?

19.4343 Postulat Kathrin Bertschy GLP/BE: Finanzhilfen des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung direkt für die Verbilligung von Kita-Tarifen erwerbstätiger Eltern verwenden

Der Bundesrat soll prüfen und Lösungen vorschlagen, wie die Finanzhilfen des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung in Zukunft direkt für die Verbilligung von Kita-Tarifen erwerbstätiger Eltern verwendet werden können, wie das bei den erfolgreichen Gutscheinsystemen in den Städten Bern und Luzern der Fall ist.

Der Bund leistet heute über ein Impulsprogramm Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Diese fliessen zu einem massgeblichen Teil direkt an Kindertagesstätten (Objektfinanzierung) oder an Kantone und Gemeinden. Das ist mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden. Viele Kantone und Gemeinden verzichten deshalb sogar darauf, die Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Dabei liegen effizientere Alternativen auf dem Tisch. Die Städte Luzern und Bern haben bspw. bereits vor Jahren von einer Objekt- zu einer Subjektfinanzierung gewechselt. Das heisst nicht mehr Kindertagesstätten, sondern die Eltern erhalten direkt Unterstützungsbeiträge. Das ermöglicht eine gezieltere, effizientere und transparentere Unterstützung der Familien. Gleichzeitig schafft es einen fairen Wettbewerb zwischen den Kindertagesstätten, da nicht mehr der Staat, sondern die Eltern als Kundinnen und Kunden entscheiden, welche Kitas unterstützt werden sollen.

Der Erfolg in der Stadt Bern belegt den Erfolg dieses Systems eindrücklich. Schon kurz nach der Einführung des neuen Systems sind mehr Kindertagestätten entstanden, es wurden mehr Plätze angeboten und mehr Eltern können von Vergünstigungen profitieren. Selbstverständlich stellen sich dabei Fragen, insbesondere wie man der Kantons- und Gemeindeautonomie dabei Rechnung tragen kann. Genau dies soll der Bundesrat in einem Bericht mit konkreten Lösungsvorschlägen darlegen.



5 RELEVANTE GESCHÄFTE IN DEN KOMMISSIONEN

WBK-N & WBK-S Keine für Ready! relevanten Geschäfte traktandiert.

SGK-N & SGK-S Keine für Ready! relevanten Geschäfte traktandiert.



6 PENDENTE UND NEU EINGEREICHTE GESCHÄFTE

Hinweise

- In der Herbstsession 2019 neu eingereichte Vorstösse sind in kursiver Schrift aufgeführt.
- Diese stehen teilweise erst in Französisch oder Italienisch zur Verfügung.
- Neuer Status in rot.
- 19.4343 Postulat Kathrin Bertschy GLP/BE:
 Finanzhilfen des Bundes für die
 familienergänzende Kinderbetreuung
 direkt für die Verbilligung von KitaTarifen erwerbstätiger Eltern
 verwenden
- 19.4274 Interpellation Adrian Wüthrich SP/BE: Elternzeit jetzt - auch aus gesundheitlichen Aspekten
- 19.4270 Motion Liliane Maury Pasquier SP/GE: Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden
- 19.4268 Interpellation Flavia Wasserfallen
 SP/BE: Erreichbarkeit von belasteten
 Familien durch Beratungsangebote
- 19.4274 Interpellation Adrian Wüthrich SP/BE: Elternzeit jetzt - auch aus gesundheitlichen Aspekten
- 19.4207 Postulat Tiana Angelina Moser GLP/ZH: Moser. Stärkung Kinder- und Jugendmedizin. Versorgungslücken schliessen
- 19.4099 Interpellation Mattea Meyer SP/ZH:
 Kinderrechtskonvention gilt für alle
 Kinder
- 19.4069 Motion Benjamin Roduit CVP/VS:
 Cohorte de santé suisse pour le suivi
 de la santé des enfants et des
 adolescents
- 19.4070 Motion Christian Lohr CVP/TG: Nationale Strategie für Kinder und Gesundheit

- 19.1051 Anfrage Yvonne Feri SP/AG: Daten über die psychische Gesundheit von Kindern
- 19.4029 Interpellation Hans Stöckli SP/BE:
 Frühförderung der Kinder- und
 Jugendgesundheit
- 19.461 Parlamentarische Initiative Nadine Masshardt SP/BE: Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern: Rechtsanspruch auf Beschäftigungsreduktion für Mütter und Väter nach Geburt und Adoption
- 19.466 Parlamentarische Initiative Cédric Wermuth SP/AG: Offensive für die familienexterne Kinderbetreuung jetzt
- 19.3418 Motion WBK-N: Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität -> NR: Annahme (18.09.2019)
- 19.3630 Motion Christa Markwalder FDP/BE:
 Individualbesteuerung endlich auch in
 der Schweiz einführen
 -> BR beantragt Ablehnung
 (28.08.2019)
- 19.3738 Motion Philipp Müller FDP/AG: Für einen modernen und flexiblen Elternurlaub
 - -> Bundesrat beantragt Ablehnung (14.08.2019)
 - -> SR Ablehnung (12.09.2019)
- 19.3768 Motion CVP-Fraktion: Systematische Überprüfung der Auswirkungen auf Familien bei der Schaffung von neuen oder der Anpassung von bestehenden Gesetzgebungen
 - -> BR beantragt Ablehnung (21.08.2019)
- 19.3803 Motion Brigitte Crottaz SP/VD:
 Beiträge der zweiten Säule auch nach



	der Geburt eines Kindes sicherstellen -> BR beantragt Ablehnung		-> NR: Diskussion verschoben (27.09.2019)
<u>19.3847</u>	(14.08.2019) Motion Nadine Masshardt SP/BE:	<u>19.406</u>	Parlamentarische Initiative Mathias Reynard SP/VS: Kündigungsschutz
	Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern: Endlich eine echte		für Arbeitnehmerinnen: Sperrfrist bei der Rückkehr aus dem
	Elternzeit> BR beantragt Ablehnung		Mutterschaftsurlaub verlängern
	(14.08.2019)	<u>19.3373</u>	Motion Margret Kiener Nellen SP/BE: EO-Entschädigungen. Militärdienst
19.3848	Motion Rosmarie Quadranti BDP/ZH: Elternzeit 14/14 Wochen für Chancengleichheit im Erwerbsleben		und Mutterschaft gleich entschädigen → Bundesrat beantragt Ablehnung (29.05.2019)
	-> BR beantragt Ablehnung		,
	(14.08.2019)	<u>19.3307</u>	Motion Jean-Luc Addor SVP/VS: Vollständige Übernahme der Kosten
<u>19.3849</u>	Motion Kathrin Bertschy GLP/BE: Elternzeit 14/14 Wochen / gleiche		der Leistungen bei Mutterschaft durch die obligatorische
	Chancen im Erwerbsleben		Krankenpflegeversicherung
	-> BR beantragt Ablehnung (14.08.2019)		→ Bundesrat beantragt Annahme (29.05.2019)
	(1.1100.2010)		→ Nationalrat Annahme (21.06.2019)
<u>19.3927</u>	Motion Carlo Sommaruga SP/GE:		
	Familienzulagen. Die rechtliche Situation von unregelmässig	<u>19.3262</u>	Postulat Niklaus-Samuel Gugger EVP/ZH: Geht es den Kindern gut,
	Beschäftigten ist zu verbessern		geht es der Schweiz besser
	-> BR beantragt Ablehnung		→ Bundesrat beantragt Annahme
	(21.08.2019)		(29.05.2019)
19 3863	Postulat Ida Glanzmann-Hunkeler		→ NR: Diskussion verschoben (21.06.2019)
10.0000	CVP/LU: Flächendeckende		-> NR: Annahme (26.09.2019)
	familienergänzende Betreuung		
	-> BR beantragt Ablehnung (14.08.2019)	<u>19.3190</u>	Motion Adrian Wüthrich SP/BE: Rahmengesetz für eine schweizweite familienergänzende Kinderbetreuung
19.3871	Postulat Adrian Wüthrich SP/BE:		zur Vereinbarkeit von Familie und
	Nationale Konferenz zur Frühen		Beruf, zur Gleichstellung von Mann
	Förderung -> BR beantragt Ablehnung		und Frau und zur Chancengerechtigkeit der Kinder
	(04.09.2019)		→ Bundesrat beantragt Ablehnung (22.05.2019)
<u>19.3760</u>	Interpellation Diana Gutjahr SVP/TG:	10 2476	Motion Nadine Masshardt SD/BC
	Kosten- und Qualitätscheck für die Eidgenössische Kommission für Familienfragen	19.31/6	Motion Nadine Masshardt SP/BE: Keine Kündigung in der Probezeit von Arbeitnehmerinnen in der Schwangerschaft und nach der
			=



Niederkunft 18.4390 Interpellation Sibel Arslan GP/BS: Verlust der → Bundesrat beantragt Ablehnung (15.05.2019)Mutterschaftsentschädigung bei Teilnahme an Parlamentssitzungen 19.3175 Motion Nadine Masshardt SP/BE: → Diskussion verschoben Stärkerer Schutz für Mütter bei (22.03.2019)missbräuchlicher oder ungerechtfertigter Kündigung 18.4372 Interpellation Irène Kälin GP/AG: → Bundesrat beantragt Ablehnung Warum gilt die Kostenbefreiung für (15.05.2019)Schwangere erst ab der 13. Schwangerschaftswoche 19.3070 Motion Irène Kälin GP/AG: → Diskussion verschoben Kostenbefreiung für Schwangere (22.03.2019)während der ganzen Schwangerschaft 18.4061 Motion Maya Graf GP/BL: Bezahlte → Bundesrat beantragt Annahme Stillpausen sollen durch die (29.05.2019)Erwerbsersatzordnung EO finanziert → Nationalrat Bekämpft, Diskussion werden verschoben (21.06.2019) → Bundesrat beantragt Ablehnung -> NR: Annahme (26.09.2019) (30.11.2018)19.3059 Motion Mathias Reynard SP/VS: 18.3994 Motion Benjamin Roduit CVP/VS: Kündigungsschutz für Familienergänzende Kinderbetreuung Arbeitnehmerinnen. Sperrfrist bei der und Berechnung des für AHV-Rückkehr aus dem Beiträge massgebenden Lohnes Mutterschaftsurlaub verlängern → Bundesrat beantragt Ablehnung → Bundesrat beantragt Ablehnung (30.11.2018)(15.05.2019)18.3891 Interpellation Martina Munz SP/SH: Ist 19.3058 Motion Mathias Reynard SP/VS: der Bund für Kinder- und Verschärfung der Sanktionen bei Jugendorganisationen ein Kündigung wegen Mutterschaft oder verlässlicher Partner? Schwangerschaft → Diskussion verschoben → Bundesrat beantragt Ablehnung (14.12.2018)(15.05.2019)18.3834 Motion Christoph Eymann FDP/BS: 19.3054 Postulat Barbara Gysi SP/SG: Care-Frühe Sprachförderung vor dem Arbeit ins Zentrum rücken Kindergarten-Eintritt als Voraussetzung für einen Sek II -→ Bundesrat beantragt Ablehnung (22.05.2019)Abschluss und als Integrations-Massnahme 19.3027 Motion Bruno Walliser SVP/ZH: → Bundesrat beantragt Annahme Steuerfreie Kinderzulagen (21.11.2018)→ Bundesrat beantragt Ablehnung → Diskussion verschoben (01.05.2019)(14.12.2018)→ Nationalrat Annahme (21.03.2019) -> SR: Annahme (24.09.2019)



18.441 Parlamentarische Initiative SGK-S:
Indirekter Gegenentwurf zur
Vaterschaftsurlaubs-Initiative
→ WBK-N: Zustimmung (20.09.2018)
→ Ständerat: Zustimmung/Beschluss

gemäss Entwurf (20.06.2019)

→ NR: Zustimmung 11.09.2019

→ NR: Zustimmung 11.09.2019

18.3257 Postulat Nadine Masshardt SP/BE:

Vereinbarkeit von Familie und Beruf
stärken. Mehr familienergänzende
Betreuungsplätze dank geteilter
Finanzierung

→ Bundesrat beantragt Ablehnung
(16.05.2018)

18.3256 Interpellation Irène Kälin GP/AG:
Jobsharing in Kaderfunktionen und
politischen Exekutivämtern
→ Diskussion verschoben
(15.06.2018)

18.3255 Interpellation Irène Kälin GP/AG:
Ersatz für Bundesparlamentarierinnen
und -parlamentarier bei
Mutterschaft/Vaterschaft und längerer
Krankheit
→ Diskussion verschoben
(15.06.2018)

18.3103 Postulat Nadine Masshardt SP/BE:
Kinder-Gutschrift statt Kinder-Abzug
bei den Steuern
→ Bundesrat beantragt Ablehnung
(09.05.2018)

18.034 Geschäft BR: Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)

→ WAK-S Beratung sistiert
(19.06.2018)

-> SR: Rückweisung (16.09.2019)

17.412 Parlamentarische Initiative MatthiasAebischer SP/BE:Chancengerechtigkeit vor dem

Kindergartenalter

→ WBK-N: Folge gegeben
(12.01.2018)

→ WBK-S: Zustimmung (14.05.2018)

→ WBK-N: Eröffnung
Vernehmlassung (21.08.2019)

15.434 Parlamentarische Initiative (Kessler)
Thomas Weibel GLP/ZH:
Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene
Väter
→ SGK-N Zustimmung (22.06.2016)

→ SGK-S Zustimmung (30.08.2016) → Fristverlängerung bis Herbstsession 2020 (28.09.2018)